

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dr. Jens Wolf, Michael Westenberger, Ralf Niedmers,  
David Erkalp, Carsten Ovens (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Unternehmertum in Hamburg stärken – Aus unternehmerischem Scheitern systematisch lernen!**

Im Rahmen der Beschäftigung mit Unternehmertum wird immer öfter auf die Bedeutung des Scheiterns verwiesen. Statt als Rückschlag oder gar unternehmerischen Untergang wird das Scheitern vielmehr als Ausgangspunkt für Neues, für Weiterentwicklung und die Vermeidung derselben Fehler angesehen. In der „Start-up Nation“ Israel gehört das Risiko des Scheiterns wie selbstverständlich zur Gründungskultur. Auch im Silicon Valley steht seit geraumer Zeit nicht mehr nur der Erfolg, sondern auch das Scheitern von Gründern und ihren Geschäftsmodellen im Fokus.

Internationale Konferenzen befassen sich intensiv mit diesem Thema. Die „FailCon“ ist beispielsweise eine extra dazu eingerichtete Konferenz für Technologieunternehmer, Investoren, Entwickler und Designer, die ihre eigenen und die Fehler von anderen untersuchen, um daraus zu lernen. Auf derartigen Konferenzen berichten Gründer wie Travis Kalanick (CEO Uber) darüber, mit welchen Initiativen und aus welchen Gründen sie schon gescheitert sind. Die erste „FailCon“-Konferenz startete 2009 in San Francisco mit 400 Teilnehmern und kann seitdem große Erfolge in Städten weltweit verzeichnen.

Die Zahl von rund 17.000 Gewerbeabmeldungen in Hamburg 2015, von denen 85 Prozent mit der vollständigen Aufgabe der Geschäftstätigkeit verbunden sind (siehe Schriftliche Kleine Anfrage Drs. 21/3882) und die 850 Unternehmensinsolvenzen in Hamburg (laut Bürgel Wirtschaftsinformationen GmbH & Co. KG) zeigen, dass Scheitern auch in unserer Stadt zum unternehmerischen Alltag gehört.

Die Antworten auf die Schriftliche Kleine Anfrage aus Drs. 21/3882 machen deutlich, dass der rot-grüne Senat die Tragweite des Scheiterns für die Entwicklung des Unternehmertums nicht versteht und auch kein Interesse daran hat, Verständnis zu entwickeln: Gründe für Betriebsaufgaben werden nicht erfasst, zum Scheitern von Start-ups kann keine Stellung genommen werden, da der Senat nicht einmal eine Definition von „Start-up“ hat, ein Austausch mit anderen Gründer-Metropolen über das Thema lehnt der Senat ab und an der Abhaltung von Konferenzen, die sich mit dem unternehmerischen Scheitern befassen, hat der Senat kein Interesse.

Die bewusste Ignoranz der politisch Verantwortlichen im Senat lässt nicht nur diejenigen Unternehmer allein, die ihr Geschäft aufgeben oder gar Insolvenz anmelden müssen; sie verhindert auch, dass in Hamburg eine „Kultur des Scheiterns“ gefördert wird, die nach aller heutigen Erfahrung zu einer Stärkung des Unternehmertums führt.

**Die Bürgerschaft möge beschließen:**

**Der Senat wird ersucht,**

1. zukünftig systematisch zu erfassen, warum Hamburger Unternehmen ihre Tätigkeit aufgeben, wobei nicht nur Gründe im Außen (wie „finanzielle Schwierigkeit

ten“) kategorisiert werden, sondern die Erfassung auf wissenschaftlicher Basis insbesondere in Zusammenarbeit mit Hamburgs Hochschulen erfolgen soll;

2. die Erkenntnisse der Analyse des unternehmerischen Scheiterns einmal jährlich öffentlich zu diskutieren, um anderen Unternehmern die Möglichkeit zu geben, aus diesen Fehlern zu lernen;
3. einen regelmäßigen Austausch mit anderen Start-up-Metropolen wie Berlin, London, Tel Aviv und Silicon Valley zu suchen und dabei auch das Thema Scheitern und den Umgang damit zu thematisieren;
4. die öffentlichen Förderinstrumente für Unternehmensgründer und Nachfolgelösungen daraufhin zu überprüfen, ob ein vormaliges unternehmerisches Scheitern zu einer negativen Beurteilung des antragstellenden Unternehmers führt und derartige Bewertungskriterien unverzüglich zu ändern;
5. die bestehenden Förderprogramme deutlich einfacher zu gestalten, um zu verhindern, dass eine oft Monate dauernde Antrags- und Entscheidungsphase nicht das Aus für kleine Unternehmen oder Start-ups bedeutet;
6. sich gemeinsam mit der CCH Congress Center Hamburg GmbH dafür einzusetzen, dass die „FailCon“ möglichst zeitnah in Hamburg stattfindet;
7. der Bürgerschaft zukünftig einmal jährlich, erstmalig zum 30. November 2016, zu berichten, welche Maßnahmen zur Förderung einer „Kultur des Scheiterns“ unternommen wurden.